



Absender:

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

An  
Magistrat der Stadt Bremerhaven  
Personalamt  
Postfach 21 03 60

27524 Bremerhaven

**Geltendmachung amtsangemessener Besoldung/Versorgung**

**Personal-Nr.:** \_\_\_\_\_

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine gegenwärtigen Bezüge in der Besoldungsgruppe A ..... entsprechen nicht dem Grundsatz amtsangemessener Alimentation gemäß Art. 33 Abs.5 GG.

Ich beantrage daher, eine nachträgliche Anpassung meiner Besoldung/Versorgung – unter Berücksichtigung der Tariferhöhungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Lande Bremen für die Jahre 2013/14 – vorzunehmen und lege

Widerspruch

gegen meine mir gewährte – verfassungswidrige – Besoldung ein.

Die Nichtanpassung meiner Besoldung stellt ein „Sonderopfer“ dar, für das es keine rechtliche Grundlage gibt.

**Aufgrund der Erklärung des Bremerhavener Oberbürgermeisters an den DGB vom 18.09.13 hat sich dieser damit einverstanden erklärt, dass die Anträge auf amtsangemessene Alimentation ausgesetzt werden sollen und auf die Einrede der Verjährung verzichtet werden soll. Mit dieser Verfahrensweise erkläre ich mich einverstanden.**

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_